

# DEUTSCHLAND=UNION=DIENTST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postfachkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 6 / 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 11. Januar 1949

Seite 1

Heute lesen Sie:

=====

## Bodenreform

Die englische Militärregierung hat dem vom Landtag für Nordrhein-Westfalen beschlossenen Gesetz über Bodenreform und dem Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland, das über das Bodenreformgesetz hinaus die zusätzliche Landbeschaffung für Siedlungszwecke vorsah, die Zustimmung versagt.

## Innenpolitik

Das Gesetz zur Erhebung einer Abgabe "Notopfer Berlin" ist zunächst für die Zeit vom 10. Januar bis 31. März 1949 auch in Württemberg-Baden eingeführt worden. Entsprechende Verhandlungen in Baden stehen vor dem Abschluß.

## Wirtschaftspolitik

In einer von Ministerpräsident Arnold einberufenen Besprechung mit Vertretern der Gewerkschaften, des Bergbaues und der Stahl- und Eisenindustrie wurde die Bildung eines Sachverständigen-Ausschusses beschlossen, der die Landesregierung laufend über die wirtschaftliche und organisatorische Entwicklung, wie sie sich aus dem Ruhr-Statut ergeben kann, unterrichten soll.

Oberdirektor Dr. Pünder bezeichnete in einer Pressekonferenz den von Ministerpräsidenten Arnold ausgearbeiteten Vorschlag zum Ruhr-Statut, in dem dieser einen wirtschaftlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage forderte, als ehrlichen deutschen Beitrag freiwilliger deutscher Mitarbeit auf der Basis internationaler Gleichberechtigung.

## Kulturpolitik

Mit dem Hinweis darauf, daß im Regierungsbezirk Münster 94,87% der katholischen und 66,43% der evangelischen Eltern für die Bekenntnisschule stimmten, forderte die katholische Männerbewegung der Diözese Münster in einer Eingabe an den Parlamentarischen Rat die volle Wahrung der Grundrechte der Eltern und die Anerkennung des Reichskonkordats durch die Bundesrepublik.

## Landwirtschaft

Der CDU-Landwirtschaftsausschuß Westfalens trat auf einer Tagung in Soest für stärkere politische Aktivität ein. Ein zwölfgliedriger Ausschuß soll die Verbindung zu den parlamentarischen Körperschaften herstellen mit dem Ziel der Mitwirkung bei Anträgen und Gesetzesvorlagen.

### Die Tagung in Königswinter

=====

Am 8. und 9. Januar 1949 tagte in Königswinter der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands gemeinsam mit den im politischen Leben führenden Persönlichkeiten der Union. An der Tagung nahmen teil der Vorsitzende der CDU der britischen Zone und Präsident des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, der von der SMA abgesetzte Vorsitzende der CDU der Ostzone, Jakob Kaiser, der Landesvorsitzende CSU in Bayern, stellv. Ministerpräsident Dr. Josef Müller, die Ministerpräsidenten Peter Altmeier, Karl Arnold, Dr. Hans Ehard, Dr. Gebhard Müller und Leo Wohleb, die stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Günter Gereke und Dr. Werner Hilpert, die Frankfurter Verwaltungsdirektoren, Oberdirektor Dr. Hermann Pünder, Prof. Dr. Ludwig Erhard, Alfred Hartmann, Dr. Schubert und Anton Storch, der Präsident des Wirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, der Berliner Bürgermeister Dr. Ferdinand Friedensburg, der Landesvorsitzende der CDU Berlins, Dr. Walther Schreiber, ferner die Landtagspräsidenten und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsrat, die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, die Vorstände der Landesverbände und zahlreiche verdiente Persönlichkeiten der CDU/CSU.

Die Tagung, die dringende Fragen der Innen- und Außenpolitik zum Gegenstand hatte, wurde den in sie gesetzten Erwartungen in vollem Umfang gerecht. Eine ausführliche, von tiefem Ernst durchdrungene Aussprache, die sich auf hohem Niveau bewegte, umriß klar den gemeinsamen Standpunkt der CDU/CSU und zeigte, daß die ideologische Geschlossenheit der Partei eine nicht mehr bestreitbare Tatsache geworden ist. Es hat sich erwiesen, daß die Auseinandersetzungen, die so gern als Schwäche der Union ausgelegt werden, in Wahrheit zu einer Klärung und Stärkung der geistigen Kräfte der Union geführt haben. Die von christlicher Verantwortung getragene Aussprache ließ eine Auffassung deutlich werden, die in ihrem sittlichen Gehalt weit das übertrifft, was gemeinhin in Deutschland an politischen Aussagen an die Öffentlichkeit herangetragen wird.

In sechs einmütig angenommenen EntschlieBungen, die wir morgen nachtragen, kam die entschlossene Haltung der CDU/CSU zum Ausdruck. Diese Geschlossenheit fand ihren Niederschlag in der Erörterung aller anstehenden Themen, wie die Lage und der Stand der Verhandlungen im Parlamentarischen Rat, das Ruhr-Statut, die Sicherheitsfrage, sowie die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Vergangenheit und der nächsten Zukunft. In Einzelberatungen wurde ferner Stellung genommen zum Problem der Kriegsgefangenen. Die geßten EntschlieBungen sollten geeignet sein, der politischen Entwicklung über die eigene Partei hinausreichende Impulse zu geben.

Als reife Frucht fiel der Partei angesichts dieser inneren Geschlossenheit die Straffung des organisatorischen Aufbaues in den Schoß. Einstimmig wurde die Bildung eines zentralen Wahlausschusses für die kommenden Bundeswahlen beschlossen. Weitere organisatorische Maßnahmen wurden in Angriff genommen.

Die Christlich-Demokratische und Christlich-Soziale Union Deutschlands hat sich in ihrer kurzen Geschichte - das beweist die Tagung von Königswinter nachdrücklich - zu einer über die bloße weltanschauliche Gemeinsamkeit hinaus geschlossenen geistigen und politischen Gemeinschaft

entwickelt. Bei allen Beratungen weitete sich der Blick über die deutschen Grenzen zu dem Ziel eines geeinten Europa. Der Zufall, der zu gleicher Zeit in Königswinter die Gemeinschaft für moralische Wiederaufrüstung aus der schweizer Stadt Caux tagen ließ, erhielt so symbolisch Bedeutung. Die enge Verbindung mit den ausländischen christlichen Freunden unterstrich die Zusammengehörigkeit der christlichen Parteien des Abendlandes. Und es waren nicht nur deutsche Menschen, die gerade von dieser Tagung der CDU/CSU mit der Hoffnung auf eine gesunde glückliche Zukunft eines geeinten Europa in ihre Heimat zurückfahren.

## Wirtschaftspolitik

### Gewerbefreiheit

Mit dem heutigen Tage ist die Frist abgelaufen, die das Zweimächtekontrollamt der bizonalen Verwaltung zum Erlaß eines Gewerbezulassungsgesetzes eingeräumt hatte. Dieses negative Ergebnis stand bereits am vergangenen Freitag fest, da der vom Wirtschaftsrat und vom Länderrat gemeinsam ausgearbeitete Entwurf eines Rahmengesetzes über die Gewerbefreiheit dem Plenum widererwarten nicht zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Mit diesem Entwurf war deutscherseits der letzte Versuch unternommen worden, eine einheitliche Grundlage für das künftige Gewerbeamt zu schaffen. Nach der bisherigen Haltung des Zweimächtekontrollamtes konnte es jedoch nicht zweifelhaft sein, daß die in dem Entwurf vorgesehene Gewerbeamt von der persönlichen und fachlichen Eignung und die handwerkliche Betätigung von einem Befähigungsnachweis abhängig zu machen, nicht gebilligt werden würde. Die Hoffnung, dass es in letzter Stunde doch noch gelingen werde, die Besatzungsmächte zu einer teilweisen Aufgabe ihrer starren Grundsätze oder wenigstens zu einer nochmaligen Verlängerung der Frist zu bewegen, ist an der unnachgiebigen Haltung der Amerikaner gescheitert.

Es ist müßig, in dieser Stunde noch einmal die Vorgänge zu rekapitulieren, an deren Ende dieses unerfreuliche Ergebnis steht. Wichtiger erscheint uns die rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen ins Auge zu fassen, die sich aus der neuen Situation ergeben. Dabei ist grundlegend davon auszugehen, daß die Lizenzierungsgesetze der amerikanischen und die Permit-Gesetze der britischen Zone durch das Dekret des Zweimächtekontrollamtes abgelöst werden. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß beide Besatzungsmächte jeweils in ihrer Zone ihre eigenen Rechtsgrundsätze zur Anwendung bringen. Nach diesen Grundsätzen ist bisher schon praktisch verfahren worden. Es ergibt sich dabei die Beobachtung, daß diese Grundsätze wesentlich von einander abweichen. Während beispielsweise die englische Militärregierung zwar den Nachweis des wirtschaftlichen Bedürfnisses gestrichen hat, jedoch - wie die soeben erfolgte Genehmigung des vom Niedersächsischen Landtag Anfang Dezember 1948 verabschiedeten Gewerbeamtgesetzes beweist - an dem großen Befähigungsnachweis für das Handwerk festhält, wird die amerikanische Militärregierung den Nachweis der Befähigung zur Ausübung eines Gewerbebetriebes und zur Ausübung eines Handwerks die Gewerbe der öffentlichen Sicherheit und des Gesundheitswesens beschränkt wissen. Auch die französische Militärregierung hält an gewissen Mindestforderungen, u. a. auch an dem Befähigungsnachweis fest. Die Folge dieser Ungleichheiten ist eine völlig auseinanderstrebende Rechtsentwicklung, die gerade am Vorabend der politischen und verwaltungsmäßigen Vereinheitlichung der drei Westzonen als überaus bedauerlich bezeichnet werden muß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Aufspaltung des Gewerbeamtes maßgeblich durch die

unnachgiebige Haltung der amerikanischen Militärregierung verursacht wurde, an der alle deutschen Bemühungen um eine Kompromisslösung zum mindesten für den Bereich des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gescheitert sind. Das Bestreben der Länder der amerikanischen Besatzungszone ist nunmehr darauf gerichtet, wenigstens für diesen Teil Westdeutschlands ein gleichartiges Gewerberechts zu entwickeln. Diesem Zweck dient eine gemeinsame Besprechung der Wirtschaftsminister von Hessen, Bayern und Württemberg-Baden, die am 11. Januar in Stuttgart stattfindet.

Aber auch wenn es gelingen sollte, innerhalb der Zonen eine Rechtsgleichheit zu erzielen, wären die praktischen Folgen von nicht abzusehender Tragweite. In jedem Falle entsteht in der amerikanischen Zone ein Vakuum, das jedem die Möglichkeit gibt, hier einen handwerklichen oder gewerblichen Betrieb zu eröffnen und zu betreiben. Handwerker, die etwa in der britischen Zone ihren Befähigungsnachweis nicht zu erbringen vermochten, Schwindler, die irgendwie Konkurs machten, Schwarzhändler, die sich nur als wirtschaftliche Freibeuter bewährt haben, aber auch ehrsame junge Kaufleute, strebsame Flüchtlinge, stellenlose Ärzte und Rechtsanwälte, die in Düsseldorf oder Hannover keine Zulassung erlangen konnten, werden in wachsender Zahl über die Zonengrenze in das Dorado der US-Zone auswandern und hier ihr Glück versuchen. Aus dem Norden wie aus dem Westen ist mit einem starken Zustrom unternehmungslustiger Menschen zu rechnen, und im gesteigerten Wettbewerb mit den dort ansässigen Handwerkern und Kaufleuten dürfte sich sehr bald ein üppig wuchernder Konkurrenzkampf entwickeln. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind unschwer abzusehen: Volkswirtschaftliche Fehlleitungen von Kapital, Material und Waren sind die unausbleiblichen Folgen, die Flucht in die Pfuscheri und den Schwindel, wenn nicht gar in den betrügerischen Bankrott, für viele die letzte Möglichkeit der Selbsterhaltung.

Die CDU/CSU hat allen Grund, wenn sie den rechtlichen und wirtschaftlichen Wirkungen des Dekrets des Zweimächtigkontrollamtes mit ernster Sorge entgegen sieht. In der Öffentlichkeit ist auf diese Folgen früh genug hingewiesen worden und es hat bis zuletzt nicht an Bemühungen gefehlt, daß neue Gewerbe recht in eine Entwicklung zu steuern, die der deutschen Auffassung von Handel und Handwerk entspricht. Der Beweis dafür, daß diese Auffassung notwendigerweise dem demokratischen Grundgedanken widerspricht, haben die geistigen Urheber der absoluten Gewerbefreiheit bisher nicht zu erbringen vermocht.

---

Verantwortlich: Bruno Dörninghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.  
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.  
Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., 1/49/660

Veröffentlichung nur mit Quellenabgabe DU<sup>d</sup> gestattet.

---